

rbb-Klartext vom 15. April 2015: „Berliner Lust am Protest Mehr Bürgerbeteiligung – weniger Demokratie?“

Überall in der Stadt sind Bürgerinitiativen entstanden, die die Stadtplanung und damit ihre umbaute Umwelt nicht allein Investoren und Politikern überlassen wollen. Warum ist das so?

Die Moderatorin stellt gleich zu Beginn der Sendung fest:

„Selbsternannte Experten, die ihre eigenen Interessen vertreten, bestimmen zunehmend das politische Geschehen in der Hauptstadt und verhindern so wichtige Entscheidungen, die alle betreffen.“

Bürgerinnen und Bürger, die auf Entscheidungen Einfluss nehmen wollen, die ihre umbaute Umwelt über Jahrzehnte hinaus prägen, werden aus Sicht der Moderatorin **„Protestierer“**, zu Störern, die allein ihre egoistischen Sonderinteressen gegen Andersdenkende und das Gemeinwohl durchsetzen wollen.

Einen Nachweis für eine insoweit voreingenommene Haltung hoffte die Moderatorin in Lichterfelde-Süd bei der Bürgerinitiative Aktionsbündnis Landschaftspark Lichterfelde-Süd zu finden. Peinlich allerdings, dass die Sendung eine eklatante Unkenntnis des in Lichterfelde-Süd von der Groth-Gruppe betriebenen Vorhabens und des lokalen Umfelds verriet. So verkündete die Moderatorin:

„auf der Hälfte einer fast 8 ha großen Brache soll nun ‘Hybrid-City’ entstehen – eine Mischung aus 6 Hochhäusern und rund 650 Ein- und Zweifamilienhäusern.“ Zuvor hatte sie von **„2.500 Wohnungen“** gesprochen, die nach der Groth-Gruppe hier am Stadtrand entstehen sollen. Im Mittel würden dies für jedes der 6 Hochhäuser 310 Wohnungen sein. Bei ruhigem Überlegen hätte die Moderatorin schon merken müssen, dass irgendwie die Zahlen nicht so richtig zusammen passen.

Die uns bekannte aktuelle Planung einer **Hybrid-City** stellten wir der Interviewerin, Frau Everwien, zur Verfügung. Danach sollen in Lichterfelde-Süd auf einem Baugebiet von 39 ha 1.866 Geschosswohnungen sowie 654 Reihenhäuser und Doppelhaushälften errichtet werden. Entlang der Anhalter Bahn sowie der Réaumurstraße sind 12 sechsgeschossige Gebäuderiegel mit Gebäudelängen bis etwa einhundert Metern vorgesehen. In dieser ersten Reihe sind zudem ein 12-geschossiges, ein 11-geschossiges Gebäude sowie jeweils ein 10-, 8- und 7-Geschosser vorgesehen Entlang Landweg und Osdorfer Straße sowie in zweiter und dritter Reihe sind zudem 18 Gebäude mit fünf und 29 mit vier Geschossen geplant. Den lärmberuhigten Innenbereich füllen 654 Reihenhäuser und Doppelhaushälften auf im Mittel 140 Quadratmeter kleinen Parzellen.

Die benachbarte **Thermometersiedlung** mit etwa 4.900 Einwohnern gilt für die Politik als **sozialer Brennpunkt**. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt hier deutlich über dem Bezirksdurchschnitt. Nach dem „Monitoring soziale Stadt 2013“ wird der Lebensunterhalt von 65 % der hier aufwachsenden Kinder unter 15 Jahren aus öffentlichen Kassen finanziert. In diesem Umfeld erfüllt ein sichtbares Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen eine

wichtige sozialhygienische Funktion. Deshalb unterstützt das Aktionsbündnis nachdrücklich das Angebot der an Réaumurstraße, Landweg und Osdorfer Straße in ungesicherten Mietverhältnissen und nun akut von Verdrängung bedrohten Gewerbebetriebe, am Landweg zusammenzurücken. Dieses Engagement wischte die Moderatorin als unglaublich zurück: **„das Aktionsbündnis führt alle möglichen Argumente gegen den Bau einer neuen Siedlung ins Feld, um eines zu erhalten: das eigene kleine Privileg, im Grünen zu wohnen.“** Dass dieses Urteil wieder einmal sachlich „daneben“ liegt, hatte die Moderatorin vorab dem Aktionsbündnis eingeräumt: **„Das Ziel: Statt 2.500 Wohnungen sollen vor ihrer Haustür nur 1.500 gebaut werden dürfen“**

Mit der Frage, ob die „Hybrid-City“ der Groth-Gruppe einem wachsenden Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum entspricht, wollte sich die Moderatorin nicht befassen. Nach bekanntem Informationsstand soll in diesem neuen Stadtteil zu zwei Dritteln Wohneigentum entstehen. Mietwohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau werden einschließlich eines von der Groth-Gruppe angekündigten Klimazuschlages nicht unter 8,50 Euro Kaltmiete zu erhalten sein. Die entsprechenden Bestandsmieten in der Thermometersiedlung betragen nach Angaben von Mietern derzeit noch um die 5 Euro. Dass diese Mietpreisspanne bei den Anwohnern Besorgnisse auslöst, wird nicht verwundern.

Alle diese Fragen waren dem rbb offenbar lästig. In dem etwa einstündigen Interview ging es augenscheinlich nur darum, Wortfetzen herauszufiltern, um eine vorgefasste Meinung zu stützen. Die Bürgeraktiven sollten als weltfremde grüne Spinner (**„Da haben wir die Wechselkröte, den Moorfrosch und die bekannte Zauneidechse“**) entlarvt werden oder als Egoisten, die **„das eigene kleine Privileg, im Grünen zu wohnen“**, ohne Rücksicht auf Wohnung suchende Normalbürger und deren Familien behaupten wollen.

Als Kronzeugen für die gemeinschaftsschädliche Gesinnung der Bürgerinitiative hatte die Interviewerin einen zufälligen Passanten ausgesucht, der sich in die Diskussion einbrachte. Der Herr, aus Gründen des Datenschutzes nennen wir ihn Herrn XY, wohnt mit seiner Frau in einer Wohnung im neunten Geschoss in der Réaumurstraße. In der Sendung wird er, nachdenklich von seinem Balkon schauend, vorgeführt: **„Es ist schon sehr enttäuschend für uns, wenn dieser Eindruck der Freiheit hier mit vielen riesigen Hochhäusern verbaut werden soll.“** Durfte Herr XY das? Wir meinen ja, denn er sah schon vor seinem inneren Auge den 12-geschossigen Wohnturm, der ihm gegenüber auf der anderen Straßenseite entstehen soll. Die Interviewerin ging übrigens fälschlicher Weise davon aus, dass Herr XY zur Bürgerinitiative gehöre. Ihre Reaktion auf ihren Denkfehler hingewiesen: **„Dann gehört er aber ab jetzt dazu!“**

Die Bürgerinitiative hat nicht gegen **„Reiche“** oder **„das Gewinnstreben des Investors“**, wie die Moderatorin meinte, wohl aber, dass das Land Berlin beim Erwerb des Grundstücks in Lichterfelde-Süd durch die Groth-Gruppe vom Voreigentümer zum Preis von ca. 9 Euro für den Quadratmeter auf sein Vorkaufsrecht nach dem Baugesetzbuch verzichtete. Berlin hätte bei Wahrnehmung des Vorkaufsrechtes z. B. das Grundstück zu sehr günstigen Konditionen einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft zur Verfügung stellen können. Diese hätte dann mit dem niedrigen Grundstückspreis und damit ermäßigte Herstellungskosten ihre Kostenmiete entsprechend günstiger kalkulieren können. Solche Fragen stellen sich nicht, wenn man im Voraus den Bürgerinitiativen die Rolle der Bösewichte zuweist.

Sehr gelegen kam der Interviewerin eine nicht in der Thermometersiedlung wohnende Passantin. **„Ich bin der Meinung, Berlin braucht Wohnraum. Und aus diesem Grunde muss auch hier gebaut werden.“** Diese Aussage blieb nicht unwidersprochen, zumal sich die Bürgerinitiative nicht grundsätzlich gegen Wohnungsbau stellt. Aus dem folgenden Stimmengewirr filterte die Interviewerin dann die Sätze einer Anwohnerin heraus: **„Nein, sie kann darüber mitreden. Ich will damit sagen, dass sie die anderen Leute verstehen lernen muss.“**

Mit dieser schmalen Wortausbeute aus journalistischer Wegelagerung mit dem Mikrophon sah die Moderatorin in der Dramaturgie ihrer Sendung das Ziel vor Augen, Bürgerinitiativen mit den von ihnen angezettelten Bürger- und Volksentscheiden als Demokratie abträglich hinzustellen:

„Wer so denkt, muss offenbar erzogen werden – aus Sicht der Initiative jedenfalls.“

Das den Bürgerinitiativen zugeschriebene Bedürfnis, „Andersdenkende zu erziehen“, erinnert fatal geschichtsvergessen an eine Zeit, in der Andersdenkende in Lagern „umerzogen“ wurden. Von einer Moderatorin des rbb sollte eigentlich erwartet werden dürfen, dass sie sich in ihrem sprachlichen Ausdruck soweit mäßigt, dass solche Assoziationen nicht aufkommen können.

„Im Text des Bürgerentscheids kommen die Interessen Wohnungssuchender nicht vor.“

Ein Blick in den Text des Bürgerbegehrens „Natur und Landschaft in Lichterfelde mit Wohnen und Arbeiten vereinbaren“, zeigt eine andere Wirklichkeit, die aber einer vorgefassten Meinung nicht entspricht.

„Für die Bürgerinitiative gibt es nur Freund oder Feind“ nur „Ja oder nein.“

Mit den Stichworten **„Freund oder Feind“** und **„Ja oder nein“**, war nun auch die Bühne für den Auftritt des ehemaligen Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts, Eckart Hien, bereitet, der sich ebenfalls am **„Ja oder nein“** rieb. Ein ehemaliger Präsident des Bundesverwaltungsgerichts und ein sorgfältig recherchierender rbb sollten eigentlich wissen, dass die gesetzlichen Bestimmungen für Bürger- und Volksentscheide zugespitzte Fragenstellungen, **„Ja oder nein“**, erzwingen.

Der Herr Ex-Präsident hegte Zweifel an einer gesellschaftlichen Legitimation von Bürgerinitiativen, weil in diesen in der Regel Leistungsträger wie Handwerker, Busfahrer und Ärzte fehlten. Wäre er bei dem Interview zugegen gewesen, hätten sich ihm gern ein Arzt, ein Busfahrer und die Geschäftsführung eines Gewerbebetriebs vorgestellt.

Zum Ende hin empfiehlt er, den eingespielten Mechanismen der Politik zu vertrauen, räumt aber ein: **„Doch haben die parlamentarischen Institutionen offenbar viel Kredit verspielt.“** Und damit kam er einer Wahrheit nahe, dass ein im Grunde staatsreues Bürgertum, das auf Recht und Ordnung schaut, immer mehr an einer Politik verzweifelt, die Bodenhaftung verloren zu haben scheint und das deshalb immer mehr Elemente direkter Demokratie einfordert. Damit nehmen die Bürgerinnen und Bürger jedoch nur ein in der Verfassung von Berlin, Artikel 3, Absatz 1 vorgesehenes Recht wahr.

Fazit:

Die Moderatorin der Sendung Klartext hatte sich vollkommen unzureichend über das in Lichterfelde-Süd geplante städtebauliche Vorhaben und dessen Umfeld informiert. Deshalb konnte sie die in diesem Stadtteil gegebene komplexe Situation nicht erkennen.

Das Interview war nicht Ergebnis offen angelegt. Vielmehr sollte nachgewiesen werden, dass von Bürgerinitiativen initiierte Bürger- und Volksentscheide zu weniger Demokratie in der Hauptstadt führen.

Das Aktionsbündnis Landschaftspark Lichterfelde Süd war für dieses Ziel schon insoweit eine falsche Wahl, weil es einen Interessenausgleich zwischen verschiedenen Zielen wie Naturschutz, Naherholung, Wohnen und Arbeiten anstrebt.

Die offenbar fehlende Kenntnis des rechtlichen Rahmens von Bürger- und Volksentscheiden muss sich die Moderatorin vorhalten lassen.

Zumindest der Versuch, Bürgerinitiativen an sich in eine undemokratische Ecke zu stellen: **„Wer so denkt, muss offenbar erzogen werden“**, **„für Bürgerinitiativen gibt es nur Freund oder Feind“**, sollte vom rbb als Fehler erkannt und zu einer Entschuldigung führen.

In der Gesamtsicht auf die Berichterstattung des rbb zum Thema „Wohnungsbau in Lichterfelde-Süd“ sollte sich der Sender die Frage stellen, inwieweit er den Vorgaben aus dem Rundfunkstaatsvertrag noch gerecht wird. Danach soll ein objektiver und umfassender Überblick über das Geschehen gegeben werden, es sei gewissenhaft zu recherchieren und die Beiträge müssen wahrheitsgetreu und sachlich sein. Dieser Verpflichtung ist der rbb in seiner Klartext-Sendung vom 15. April 2015 „Berliner Lust am Protest Mehr Bürgerbeteiligung – weniger Demokratie?“ nicht nachgekommen.

Für das Aktionsbündnis Landschaftspark Lichterfelde-Süd
Dr. Thomas Kellermann, Winfried Lätsch, Gerhard Niebergall